



Kiel, den 9. August 2026

Presseinformation

Tarifverhandlungen im Nahverkehr untergebrochen

Nach intensiven Verhandlungen über die künftige Vergütung der Beschäftigten im Nahverkehr Schleswig-Holstein sind die Tarifverhandlungen am 18. August 2026 in Lübeck untergebrochen worden. Hauptursache dafür ist das Klammern von ver.di an eine rechtswidrigen Forderung.

Die Gewerkschaft ver.di hatte die bestehenden Gehaltstabelle zum 30. Juni 2026 gekündigt. Nur diese war kündbar und nur diese ist verhandelbar. Für die Arbeitgeberseite nahmen Vertreter der vier großen kommunalen Nahverkehrsunternehmen aus Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck an den Verhandlungen teil.

ver.di fordert eine Erhöhung der Gehälter um 6,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Darüber hinaus soll eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 650 Euro eingeführt werden, die ausschließlich ver.di-Mitgliedern zugutekommen soll.

Im Mittelpunkt der ersten Verhandlungsrunde stand zunächst der intensive Austausch über die Begründung und Höhe der Forderungen. „Wir haben uns intensiv über die gegenseitigen Argumente ausgetauscht. Ein Angebot in der ersten Verhandlungsrunde war jedoch nicht möglich, da ver.di an seinen Forderungen festhielt und keinen Spielraum für eine Annäherung erkennen ließ.“, erklärt Andreas Ortz, Vorsitzender des Fachausschusses für die Nahverkehrsbetriebe des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein (KAV SH) und Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck Mobil GmbH.

Insbesondere kritisch bewertet die Arbeitgeberseite die Forderung nach einer Sonderzahlung ausschließlich für ver.di-Mitglieder. „Eine solche Vorteilsregelung können wir nicht vereinbaren. Sie wäre nach unserer Satzung satzungswidrig und damit rechtswidrig. Wir werden keine Vereinbarung schließen, die rechtlich keinen Bestand haben kann. Unabhängig davon machen wir als Arbeitgeber keinen Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten, die keiner Gewerkschaft angehören. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist aus unserer Sicht der faire und richtige Weg“, sagt Jan Jacobsen, Verbandsgeschäftsführer des KAV SH.

Auch die Gesamtwirkung der Forderungen müsse berücksichtigt werden. „650 Euro jährlich entsprechen bereits einer zusätzlichen monatlichen Vergütung von fast 1,6 Prozent. Zusammen mit der geforderten Gehaltserhöhung von 6,5 Prozent würde dies einer Steigerung von mehr als 8 Prozent innerhalb von zwölf Monaten entsprechen. Das halten wir angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der klammen kommunalen Haushalte für nicht vertretbar“, so Jacobsen.

Zudem verweist die Arbeitgeberseite darauf, dass bereits Anfang 2026 finanzielle Verbesserungen für die Beschäftigten vereinbart worden seien. Gleichzeitig stehe der Nahverkehr vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Insbesondere die derzeit hohen Kraftstoffpreise belasteten die Verkehrsunternehmen stark.

„Unsere finanziellen Möglichkeiten sind bereits mehr als ausgeschöpft“, erklärt Ortz. „Wenn Buslinien nicht ausgedünnt werden sollen und gleichzeitig die notwendige Umstellung auf klimafreundliche, insbesondere elektrische Antriebe, gelingen soll, müssen die finanziellen Spielräume der Unternehmen berücksichtigt werden. Forderungen in dieser Größenordnung sind unter diesen Rahmenbedingungen nicht realistisch.“

Die Tarifverhandlungen werden am 3. September 2026 in Kiel fortgesetzt.

Pressekontakte

Jan Jacobsen
Verbandsgeschäftsführer